

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SPD STUTTGART

Bei der Jahreshauptversammlung der Stuttgarter SPD stand die turnusmäßige Neuwahl des kompletten Kreisvorstands auf der Tagesordnung. Nach Rechenschaftsberichten seitens des Kreisvorsitzenden Dejan Perc, des Kassierers Ulrich Henke und der Revisoren wurde der Vorstand einstimmig von der Konferenz entlastet.

Der SPD-Kreischef Dejan Perc erhielt mit 86 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen ein klares Votum der Basis. Auch Daniel Campolieti (91 Ja-, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen) wurde mit deutlichem Ergebnis wiedergewählt. Neu im Geschäftsführenden Kreisvorstand ist die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt (99 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen), die sich anstelle von Ruth Weckenmann als Stv. Kreisvorsitzende beworben hat. Komplettiert wird der Geschäftsführende Kreisvor-

stand durch den Kassierer Ulrich Henke (94 Ja-, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung) sowie Schriftführerin Ursula Wolf (97 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen), die beide wiedergewählt wurden.

Ruth Weckenmann bewarb sich aus zeitlichen Gründen nicht wieder um das Amt der Stv. Kreisvorsitzenden. Die Arbeitsmarktexpertin bleibt dem Kreisvorstand jedoch als Beisitzerin erhalten. Als Beisitzer(innen) wiedergewählt wurden Karin Bauer, Bettina Bunk, Jürgen Guckenberger, Martin Körner, Udo Lutz, Uwe Meinhardt, Jürgen Schmid und Judith Vowinkel. Neu gewählt wurde der Cannstatter Bezirksbeirat und Mietervereinsanwalt Stefan Conzelmann.

Ebenso wiedergewählt wurden Claudia Eichert und Jürgen Schmid für den Regionalvorstand.



Liebe Genossinnen und Genossen,

der neue Kreisvorstand hat in den kommenden zwei Jahren einiges zu tun: neben der nahenden Bundestagswahl im September stehen kommendes Jahr Kommunal-, Regional- und Europawahlen an. Wir wollen uns hierbei intensiv darum bemühen, die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Wahlprogramme einfließen zu lassen, um sie später in konkrete Politik umzusetzen.

Das erfordert gleichermaßen das Engagement von Partei und interessierten Menschen. Wir laden daher alle herzlich ein, sich bei der Formulierung unseres Wahlprogramms einzubringen und daran mitzuwirken, mit welchen Zielen und Vorstellungen wir für die kommenden Jahren Politik in und für Stuttgart machen.

Politik ist sinnvoll gar nicht denkbar ohne die fortwährende Rückkopplung mit der Gesellschaft. Dies gilt selbstverständlich für die jeweilige Legislaturperiode, aber gerade hier in Stuttgart auch schon für die Zeit vor der Wahl. Gemeinsam wollen wir aus diesem Grund Ziel und Richtung bestimmen. Darauf freue ich mich.

Solidarische Grüße

Euer

Dejan Perc

Vorsitzender SPD Stuttgart



Dejan Perc und seine StellvertreterInnen Ute Vogt und Daniel Campolieti

NEUES AUS DEM KREIS

RETTUNGSPAKET FÜR ZYPERN IN VORLIEGENDER FORM ABLEHNEN

Mit großer Mehrheit hat sich die Kreiskonferenz der Stuttgarter SPD bei der Jahreshauptversammlung gegen das Rettungspaket für Zypern in der vorliegenden Form ausgesprochen.

Der SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc kritisiert, dass mit dem Vorschlag das EU-Einlagensicherungssystem aufgeweicht werde und das Vertrauen vor allem der kleinen Sparerinnen und Sparer zerstört wird. Die Bedingungen zur Bereitstellung von ESM-Krediten für Zypern sehen eine Beteiligung aller Bankkunden mit Einlagen bei zypriotischen Banken durch eine Zwangsabgabe vor. Für Einlagen unter 100.000 Euro von 6,75 %, darüber von 9,9 %. „Damit ist die durch EU-Richtlinie festgeschriebene Einlagensicherung bis zu 100.000 Euro, auf die sich die Sparerinnen und Sparer in ganz Europa bisher verlassen konnten, in einer

beispiellosen Nacht- und Nebelaktion der Finanzministerinnen und Finanzminister sowie der Staatsoberhäupter gekippt.“ Die SPD Stuttgart lehnt die Politik des konservativen Präsidenten Nicos Anastasiades ab, die hauptsächlich die hohen Sparguthaben der Reichen schützt, und kritisiert die europäischen FinanzministerInnen und Regierungsoberhäupter, die diese Politik mittragen, scharf.

„Das Modell trifft die Falschen!“, ist sich Nicolas Schäfstoß, Bundestagskandidat im Wahlkreis Stuttgart-Nord, sicher. „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner ebenso wie ausländische Angestellte werden herangezogen, eben alle, die bei einer zypriotischen Bank ein Einlagenkonto haben“, kritisiert Schäfstoß. Am kleinen Zypern werde nun getestet, wie die Märkte auf das

Heranziehen von Sparerinnen und Sparern reagieren. Gleichzeitig bleibe die Geldwäsche unangetastet, so der Verdi-Personalrat mit zypriotischen Wurzeln. Schäfstoß hält das Anheben des Unternehmenssteuersatzes von 10 % auf gerademal 12,5 % für eine Farce. Die zwingend notwendige Harmonisierung der EU-Unternehmenssteuersätze könne damit nicht vorangetrieben werden.



Nicolas Schäfstoß auf der Kreiskonferenz

SPD FORDERT PRÜFUNG DES WEGFALLS DER GÄUBAHNEINSCHLEIFUNG

Stuttgart-Plieningen ist von der Neubaustrecke im Rahmen von Stuttgart 21 mit 30 ha Fläche durch Streckenführung und Baustelleneinrichtungen bereits sehr stark betroffen. So führen u. a. 5 km der Neubaustrecke über Plieningen Markung. Die Einfädelspuren zur Gäubahnstrecke betreffen hierbei die Naherholungsgebiete im Bereich Langwieser See.

Die SPD Stuttgart schlägt daher im Rahmen der Begleitung der Baumaßnahmen zum Projekt Stuttgart 21 insbesondere in diesem noch nicht planfestgestellten Abschnitt 1.3 im Filderraum Optimierungen vor, so soll u.a. der Wegfall der Gäubahneinschleifung ernsthaft überprüft werden. „Neben der Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger können hierdurch auch der Flächenverbrauch minimiert und die Gesamtkosten reduziert werden“, so der SPD-Kreischef Dejan Perc.

Aus Sicht der SPD Stuttgart ist die Variante „Bahnhof Flughafenstraße“ mit betrieblichen Verbesserungen im

Vergleich zur Variante „Antragstrasse“ verbunden. So ist insbesondere die Trennung der Bahnhöfe S-Bahn / Fern- & Regionalbahn vorteilhaft. Allerdings bleibt das Ausmaß der Verbesserungen insgesamt offen. In der Machbarkeitsstudie fehlen bisher aber genaue Angaben zu den Einflüssen aus der gemeinsamen Nutzung des „Bahnhofs Flughafenstraße“ durch die Züge der Gäubahn und die Züge der Neubaustrecke. Daher sollte eine Betriebssimulation im Rahmen eines Stresstests durchgeführt werden, so Dejan Perc.

Die SPD Stuttgart fordert darüber hinaus die Bahn und alle Projektpartner dazu auf, die Umsetzung einer Lösung mit Verzicht auf die Gäubahneinschleifung (nördlich der A8) ernsthaft zu überprüfen. „Die offene Bauweise der Tunnels für die Gäubahneinschleifung beeinträchtigt nachhaltig das Naherholungsgebiet und die Äcker rund um den Langwieser See“, so Dejan Perc. Bei der Variante „Bahnhof Flughafenstraße“ ist dieser Eingriff nochmals deutlich stärker als bei der Variante „Antragstrasse“.

„Die Variante „Bahnhof Flughafenstraße“ könnte verschlankt werden, indem auf die Gäubahneinschleifung verzichtet wird“, erläutert die SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha Blind. Für die Gäubahnzüge würde dies zwar zu betrieblichen Verschlechterungen führen. Andererseits wären die Kosten wesentlich geringer, und Landschaft und Äcker rund um den Langwieser See würden nicht tangiert. „Vor einer endgültigen Entscheidung über den Filderbahnhof sollten die Vor- und Nachteile ernsthaft gegeneinander abgewogen und gegebenenfalls berücksichtigt werden“, so Roswitha Blind.

Ferner fordert die SPD Stuttgart einen Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus, insbesondere bei den Trassen in Plieningen/Fasanenhof und in Leinfelden-Echterdingen. „Ein erhöhter Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner ist im ureigenen Interesse des staatseigenen Unternehmens Deutsche Bahn. Es dient der Erhöhung der Akzeptanz und damit der raschen Umsetzung des Bauvorhabens“, betont Roswitha Blind.

NEUES AUS DEM KREIS

NEUE EU-KONZESSIONSRICHTLINIE TREIBT PRIVATISIERUNG DES WASSERS VORAN

von Jürgen Schmid und Manfred Kanzleiter

Das Wasser ist einer der wenigen Bereiche, die noch nicht dem freien Wettbewerb ausgesetzt sind. Fast 80 % des Wasser werden in Deutschland von den Kommunen bereitgestellt. Und das ist auch gut so. Jeder Mensch braucht Wasser zum Leben. Die UN hat daher den freien Zugang zu Wasser zu einem Menschenrecht erhoben.

Nach dem Willen der EU-Kommission soll sich dies nun ändern. Das Wasser soll der bereits bei den Energiemärkten üblichen Ausschreibungspflicht unterworfen werden. Die Kommunen wären dann in vielen Fällen verpflichtet Wasserkonzessionen im freien Wettbewerb zu vergeben. Damit soll die Tür für kapitalkräftige Unternehmen, wie Veolia, Thames-Water oder auch die RWE und Gelsenwasser geöffnet werden. Wie ernst der EU dieses Vorhaben ist, zeigt sich aktuell in der Krise der südeuropäischen Staaten. Diese, insbesondere Griechenland, werden von der Troika (EU, IWF und EZB) erpresst ihre Wasserbetriebe

zu verkaufen, andernfalls erhalten sie keine weiteren Kredite.

Wie sensibel dieser Bereich ist, zeigt sich in Stuttgart. Als einzige Stadt in Deutschland hat Stuttgart sein Wasser vollständig privatisiert. Das Wasser, alle Leitungen, Anlagen, die Grundstücke und das Betriebspersonal sind in der Hand der EnBW.

Seit zwei Jahren bemüht sich die Stadt diesen Fehler rückgängig zu machen und das Wasser einschließlich der Bezugsrechte sowie den Strom und das Gas wieder in die eigene Verfügungsgewalt zurück zu verlagern. Insbesondere beim Wasser erschien dies einfach. Die Konzession läuft Ende 2013 aus. Da das Wasser noch nicht der neuen EU-Richtlinie unterliegt, fällt die Wasserkonzession Ende des Jahres automatisch an die Stadt zurück. Die Stadt gründete also einen Eigenbetrieb, der das Wasser einschließlich der Netze und der Wasserbezugsrechte zukünftig besitzen und betreiben sollte. Alles schien ganz einfach.

Als es dann an den Rückkauf der Wassernetze und -Anlagen ging, zeigte sich schnell die ökonomische Macht des Altkonzessionärs. Die EnBW verlangt für die Leitungen und Anlagen den Sachzeitwert: in Summe 750 Mio. €. Verkauft wurde das Ganze Anno 2001/2002 natürlich zum deutlich geringeren Ertragswert. Im Jahr 2009, als die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft EnBW mit der Stadt im Raume stand, wurde dasselbe Netz von der selben EnBW für 160 Mio. € angeboten. Wir haben es jetzt mit einer Vervierfachung des Preises zu tun! Die Stadt wird daher versuchen den Anspruch auf Herausgabe der Wasserversorgung, einschließlich der bisher von der EnBW gehaltenen Anteile an den Wasserzweckverbänden zum Ertragswert, auf dem Rechtsweg durchzusetzen. Den entsprechenden Beschluss hat der Gemeinderat am 28. Februar d.J. gefasst.

Sollte der Rückkauf der Wasserbezugsrechte durch die Stadt Stuttgart nicht gelingen, wären nach der neuen Konzessions-Richtlinie auch die Wasserzweckverbände ausschreibungspflichtig. Damit würde für die Großkonzerne die Möglichkeit eröffnet, direkt auf den Wasserbezug Einfluss zu nehmen.

Um die Position der Kommunen zu stärken, hat eine EU-weite Initiative eine Petition gegen diese neue Konzessions-Richtlinie eingebracht. Diese Petition wurde bisher bereits von über 1,2 Millionen Europäern unterzeichnet. Bis September sollen 2 Million Unterschriften gesammelt werden. Die Liste kann unter www.right2water.eu/de unterzeichnet werden. Neben dieser Unterschrift können Sie auch ihren Gemeinderäten schreiben, sie sind direkt von dieser Richtlinie betroffen und natürlich den Europaabgeordneten.



Der Trinkwasserbehälter Hasenbergsteige

NEUES AUS DEM KREIS

SPD STUTTGART FÜR MINDESTLOHN UND TARIFTREUE

Für die Stuttgarter Sozialdemokratie ist „GUTE ARBEIT“ ein maßgebliches Thema. „Es ist erschreckend, dass in Deutschland nach wie vor 11 % der Beschäftigten in Betrieben mit 10 oder mehr Beschäftigten unter 8,50 Euro / Stunde verdienen“, so der SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc. „Davon sind 60 % Frauen.“ In Baden-Württemberg sind es laut Statischem Landesamt 9 % bzw. 280.000 Menschen. Ferner sind im Land knapp 1,1 Millionen Menschen bzw. 24,9 % aller abhängig Beschäftigten in einem atypischen Arbeitsverhältnis (geringfügige Beschäftigung, Befristungen, Teilzeit mit 20 oder weniger Stunden sowie Leiharbeit).

Die Stuttgarter SPD setzt sich daher vehement und auf allen Ebenen für die Einführung eines branchenübergrei-

fenden gesetzlichen Mindestlohns, für Einschränkungen bei Leiharbeit und Werkverträgen sowie der Forderung nach Tariftreue ein. „Das sind nicht nur abstrakte Bundesthemen, sondern das trifft auch ganz konkret die Menschen hier in unserer Stadt“, betont Perc.

Die Diskussion im vergangenen Jahr um Billigjobs am Flughafen hat dazu geführt, dass wieder verstärkt über das Thema „gute Arbeit“ bei öffentlichen Verwaltungen sowie ihrer Betriebe und Beteiligungen nachgedacht wird. So stellt sich u. a. die Frage, wie es mit prekären Beschäftigungsverhältnissen bei der Stadt Stuttgart, beim Klinikum sowie allen Eigenbetrieben und Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, aussieht. Bevor hier zielführende Maßnahmen zur Verbesserung der

Arbeits- und Entgeltbedingungen der Betroffenen diskutiert und vorgeschlagen werden können, ist eine Erhebung der tatsächlichen prekären Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen, Kettenbefristungen, Minijobs und sonstige geringbezahlte Beschäftigungen), die bei der Stadt existieren, erforderlich. „Wir fordern daher von der Stadtverwaltung zeitnah entsprechende Informationen!“, so Dejan Perc.

In diesem Zusammenhang kündigt die SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha Blind an, dass die SPD-Stadtratsfraktion demnächst einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat einbringen wird. „Denn die Stadt trägt die Verantwortung für gute Arbeit in Stuttgart“, so Blind.

DIE SPD FEIERT GEBURTSTAG - AUCH IN STUTTGART! VIELE VERANSTALTUNGEN IN DER GANZEN STADT ZWISCHEN APRIL UND JULI

2013 feiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 150 Jahre ihrer Geschichte, die mit der Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ am 23. Mai 1863 in Leipzig begann. Die älteste demokratische Partei Deutschlands, zwei Male (1878 unter Bismarck, 1933 unter Hitler) während dieser anderthalb Jahrhunderte verboten und verfolgt, seit 150 Jahren Vorkämpferin für Freiheit, Gerechtigkeit Solidarität. Gefeierte wird nicht nur in Leipzig (am 23. Mai 2013) und beim Deutschlandtreffen im August in Berlin. Gefeierte und gedacht wird auch durch die Stuttgarter Sozialdemokraten.

Das Programm beginnt mit einer Ausstellung zu 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie, die vom 9. April bis zum 3. Mai im Rathaus zu sehen und zu besuchen ist und von vier Rahmenveranstaltungen begleitet wird: Die Eröffnung findet statt am 9. April, 18 Uhr, mit Reden von Erhard Eppler, Ingrid Matthäus-Maier, Tijen Karimani und dem Landesvorsitzenden Nils Schmid. Am 11. April, wieder um 18 Uhr, werden Bild- und Tondokumente zur Geschichte der SPD vorgeführt, am 17.

April, ebenfalls 18 Uhr, hält die Historikerin Gisela Notz einen Vortrag über „Sozialdemokratische Persönlichkeiten in und aus Stuttgart“, am 30. April, dieses Mal um 19.30 Uhr, diskutieren die Bundestagsabgeordnete Ute Vogt und der DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf über „Sozialdemokratische Grundwerte in Geschichte und Gegenwart. Damit auch in den weiteren Wochen Bilder und Dokumente nicht ausgehen, hat der Kreisverband Stuttgart eine weitere kleine Wanderausstellung zusammengestellt, die ab Mitte/Ende April „durch die Stadtbezirke wandern“ und in zahlreichen Bezirksrathäusern, Versammlungsorten und Waldheimen gezeigt werden kann und soll.

Ebenfalls im April beginnen erste Veranstaltungen und Stadtführungen der Ortsvereine; zum 1. Mai stehen bei den vielen traditionellen Maifeiern ebenso Erinnerung und Gedenken an die eigene Geschichte im Mittelpunkt. Am 8. Mai um 18 Uhr beginnt die erste von vier Ausgaben einer „Sozialdemokratischen Stadtführung durch Stuttgarts Mitte. Der Schwerpunkt der von Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaf-

ten geplanten Aktivitäten liegt nach derzeitigem Stand im Juni; nicht alle sind schon „durchgeplant“. Wir werden den aktuellen Kalender jeweils fort-schreiben und in den kommenden Ausgaben des Newsletter bekannt geben.



NEUES AUS DEM KREIS

RECHENSCHAFTSBERICHT UND VORSTELLUNGSREDE DEJAN PERC

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine JHV bietet Gelegenheit, zurückzublicken und auszublicken. Was war gut und was weniger gut – und auch den Blick nach vorne zu wagen, um zu sehen, wohin wir wollen.

Vor zwei Jahren bin ich vor Euch getreten und habe mich um das Amt des Kreisvorsitzenden beworben, um eigene Schwerpunkte zu setzen und manches anders zu machen. Ich habe ein Arbeitsprogramm vorgelegt, das die Schwerpunkte skizzieren sollte. Anlass genug also, Bilanz zu ziehen.

Im Arbeitsprogramm hieß es: Wir schaffen ein klares inhaltliches Profil. Wir haben in den letzten zwei Jahren Arbeitskreise eingesetzt, die sich thematisch fokussiert um die jeweiligen Bereiche kümmern und Ergebnisse vorlegen, die wir für die Kommunalwahl aufgreifen werden: Das ist zum einen der AK Europa und zum anderen der AK Wohnen.

Ebenso haben wir die Arbeit der beiden bereits bestehenden AKs Stadtwerke und Verkehr vorangetrieben.

Im Arbeitsprogramm hieß es weiter: Wir schaffen die Verankerung der SPD in der Stadtgesellschaft

- Stadtleben
- Sommerfest
- Mieterdemo
- 1. Mai-Kundgebungen

Im Arbeitsprogramm hieß es: Wir schaffen eine einladende Mitmachkultur

- Kreismitgliederversammlung zum Thema Europa
- Arbeitskreise (s. o.)
- Begegnungen außerhalb politischer Tagesordnungen (Besuch des LKA, Bibliotheksführung etc.)

Im Arbeitsprogramm hieß es: Wir schaffen Dienstleistungsangebote für die OV und AGs

- Geschäftsstelle – Manuela Stauch, leider dann Unterbrechung, jetzt Christoph Gmoser

Im Arbeitsprogramm hieß es: Wir schaffen eine starke Stimme im Land. Wir waren im Land vertreten und hörbar, auch wenn auf uns nicht immer gehört wurde. Dass Udo und ich im Landesvorstand sind, hat die Vernehmbarkeit gestärkt. Unser großer Europaantrag, den wir hier beschlossen haben, war der Schwerpunktantrag des letzten Landesparteitags. Ein großer Erfolg.

Im Arbeitsprogramm hieß es: Wir schaffen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen OB-Wahlkampf. Wir haben einen enorm starken Wahlkampf geführt, auch andere Wege ausprobiert. Leider nicht mit dem gewünschten Erfolg. Trotzdem hat die gute Zusammenarbeit zwischen Partei, Kreisvorstand und Gemeinderatsfraktion hier getragen und eine Basis geschaffen, auf der die weiteren Wahlkämpfe aufbauen können. Mein spezieller Dank gilt den Jusos, die enormen Einsatz gezeigt haben, Daniel Campolieti, der seine Arbeitszeit um 50% reduziert hat, um ehrenamtlich in der LGS zu unterstützen, und selbstverständlich unserem Wahlkampfleiter Hans Pfeifer für das großartige Management des gesamten Wahlkampfs.

Dass wir diesen Wahlkampf führen konnten, verdanken wir aber Bettina Wilhelm. Ihr gebührt mein großer Respekt für ihren monatelangen und grandiosen Einsatz!

Durch den intensiveren Kontakt mit den Grünen und der dann einstimmig erfolgten Wahlempfehlung für Fritz Kuhn kam es auch zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Parteien.

Ziel war im Weiteren auch die Verbesserung der Kommunikation und der Darstellung nach außen.

Es gab in den beiden Jahren verstärkt Pressemitteilungen zu verschiedenen Themen – welche das im Einzelnen sind, könnt Ihr der Übersicht entnehmen. Zudem wurde unserer Internetseite überarbeitet, Facebook und Twitter gezielt und häufig genutzt. Zwei Personen möchte ich dabei besonders danken: Ursula Wolf, die ferner akribisch protokolliert und Buch führt, was aus unseren Anträgen geworden ist, und Matthias Tröndle, der auch ohne Vorstandsamt die Onlineaktivitäten pflegt und aktualisiert.

Liebe Genossinnen und Genossen, Ihr habt vor Euch den schriftlichen Rechenschaftsbericht für die vergangenen 2 Jahre. Wir haben bewusst auf prosaische Schilderung verzichtet und stattdessen die Termine und Veranstaltungen aufgeführt, die wir seitens des Kreisverbandes organisiert haben.

Damit Ihr einen Eindruck über die Aktivitäten bekommt, will ich mal das vergangene Jahr in Zahlen Revue passieren lassen:

- 1 x Sommerfest auf dem Berger Festplatz
- 1 x Politischer Aschermittwoch mit Katja Mast
- 2 x Veranstaltungen außerhalb regulärer Sitzungen und Tagesordnungen:
- Führung durch die neue Stadtbibliothek
- Begehung Trinkwasserbehälter Hasenberg
- 13 x Newsletter



NEUES AUS DEM KREIS

- 4 Veranstaltungen
 - Zum Bürgerhaushalt im Lindenmuseum
 - Zur Jugendkultur im Skateboardmuseum
 - Zum Thema Strippenzieher und Meinungsmacher in der Rosenau
 - Und zum Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg mit der damaligen Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer im Haus der Architekten

Hinzu kommen

- 6 Kreiskonferenzen
- 1 Kreismitgliederversammlung
- 4 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen
- 13 Kreisvorstandssitzungen und Sitzungen des GKV
- 1 Maikundgebung
- 2 gemeinsame Sitzungen des Kreisvorstands und der Gemeinderatsfraktion
- 2 Wahlkreiskonferenzen

Und das Ganze begleitet von 22 Pressemitteilungen.

Wie Ihr seht, lief schon sehr viel. Nicht mitgerechnet sind die Sitzungen der Arbeitskreise und die Wahlkampfveranstaltungen. Das bedeutet natürlich einen entsprechenden Aufwand in der Organisation. Und vieles wäre in der Form nicht machbar gewesen, wenn wir nicht die tatkräftige Unterstützung der Geschäftsstelle hätten – so wie auch heute. Ein herzliches Dankeschön daher an Inge Fink, Jochen Kiefer und Jürgen Graner.

Die Terminübersicht zeigt aber auch, dass wir damit an Kapazitätsgrenzen stoßen. Ehrenamtlich ist sehr viel mehr nicht machbar. Dessen müssen wir uns gelegentlich bewusst sein, wenn der Wunsch nach zusätzlichen Veranstaltungen oder Aktivitäten aufkommt.

Liebe Genossinnen und Genossen, nicht alles, was ich mir vorgenommen habe, ist geglückt. So war die Unterstützung der Ortsvereine in der Geschäftsstelle leider nicht durchgängig gegeben. Und auch das Personalentwicklungskonzept, mit dem Personen,

die in unserer Partei Verantwortung übernehmen möchten, inhaltlich wie organisatorisch gefördert werden sollten, konnten wir aus Mangel an Ressourcen nicht angehen. Manches vollzieht sich langsamer als gedacht. Und nicht auf alles, was wünschenswert ist, habe ich möglichen Einfluss. Rückblickend gibt es auch Dinge, die ich besser anders gemacht hätte. Ich kann Euch sagen, dass ich Kritik ernstnehme und versuche, daraus zu lernen. Im Dialog und gegenseitigem Austausch können wir gemeinsam Lösungen finden. Ich lade Euch ausdrücklich dazu ein, diesen Dialog zu suchen. Ob in den Ortsvereinen oder auf Kreisebene. Dort, wo Ihr es wünscht, bin ich gerne dabei. Ich war bei allen Ortsvereinen, die mich eingeladen haben. Ebenso bei allen Arbeitsgemeinschaften.

Aber nicht nur über Präsenz will ich den Austausch ermöglichen. Die Kommunikation in die Partei hinein und nach außen hin versuchen wir mittels unseres Newsletters zu verbessern und zu verstetigen. In regelmäßigen Abständen informieren wir damit über die Arbeit der Kreispartei wie der Fraktion. Gastbeiträge runden das Angebot ab. Ein großer Dank für die ganz hervorragende Arbeit geht da an meinen Stellvertreter Daniel Campolieti und an Rebekka Henschel, die für das Layout und die grafische Umsetzung zuständig ist. Herzlichen Dank Euch beiden!

Im organisatorischen Bereich ist also viel gemacht worden und wir sind da auf einem guten Weg. Inhaltlich haben wir auch über die Arbeitskreise eigene Schwerpunkte gesetzt. Nicht zuletzt die aktuell laufende zweite Runde des Bürgerhaushalts zeigt, dass wir Themen haben, die kontinuierlich von uns betrieben und weiterentwickelt werden. Bettina Bunk und Heinrich Schneider sind wichtige Motoren, die das Thema vorantreiben. Allerbesten Dank an Euch.

Einen inhaltlichen Bereich, den wir – neben Bildung – aus meiner Sicht intensiver behandeln müssen, liebe Genossinnen und Genossen, ist die Integration.

Integration diskutieren wir häufig aus Sicht der schon hier lebenden Menschen. Der Trend zur Urbanisierung ist weltweit ungebrochen. Und wenn wir hier auch weit von den Dimensionen der Megacities entfernt sind, so haben wir es doch ebenso bei uns mit einer hohen Dynamik in der Bevölkerung Stuttgarts zu tun und einem Ansteigen der Bevölkerungszahl aus Zuzug. Migration vollzieht sich häufig nicht freiwillig und eher aus der Not heraus. Wie wir mit der Migration umgehen, wird darüber entscheiden, was daraus wird. Ich halte es da mit dem britisch-kanadischen Journalisten Doug Saunders, der die Städte als Übergangsräume, als Ankunftsstädte versteht, in denen sich der nächste große Wirtschafts- und Kulturbloom vollziehen kann. Die Chance, die sich daraus ergibt, lohnt, sich dafür einzusetzen.

Die Allermeisten der Zugewanderten schließen wir allerdings immer noch systematisch von politischer Teilhabe aus, weil sie kein Wahlrecht haben. Eine Gesellschaft, die denkt, es sich auf Dauer leisten zu können, fast ein Fünftel der Bevölkerung nicht zu beteiligen, zahlt einen hohen Preis dafür.

Solange die gesetzlichen Regelungen dazu nicht geändert werden, müssen wir uns andere Möglichkeiten überlegen, wie wir bei der politischen Gestaltung unseres Gemeinwesens alle partizipieren lassen können.

Teilhabe muss und kann sich nicht allein in Wahlen alle 4 oder 5 Jahre erschöpfen. Vielmehr muss die repräsentative Demokratie ergänzt werden durch direktere Beteiligungsmöglichkeiten. Der von uns initiierte Bürgerhaushalt ist ein solches Element. Aber auch bei der programmatischen Grundlage können wir uns direkteren Zugängen öffnen.

Für das Kommunalwahlprogramm will ich Euch in Abstimmung mit dem Kreisvorstand und der GRF auch deswegen einen anderen Weg vorschlagen: Der Verabschiedung des Kommunalwahlprogramms sollen zwei Phasen vorgeschaltet werden. Die 1. Phase geht bis Mitte Juli, bis zum Beginn

NEUES AUS DEM KREIS

der Sommerferien. In dieser Zeit sind die Ortsvereine aufgerufen, lokale Foren einzurichten und alle Mitglieder sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger einzuladen, um die Themen herauszuarbeiten, die aus deren Sicht die drängenden für die kommenden 5 bis 10 Jahre sind. Während der Sommerferien werden die Ergebnisse ausgewertet und die Schwerpunktthemen festgelegt, die sich aus den Foren ergeben haben. Nach der Bundestagswahl werden wir dann in einer 2. Phase von Anfang Oktober bis Mitte November die Schwerpunkte in 4 bis 5 thematischen und öffentlichen Foren vertiefen und detaillierter ausarbeiten. Begleitet wird diese Phase mit der Öffnung der Diskussion zentraler Themen im Internet. Nicht alle Menschen haben Zeit, sich genau dann, wenn wir es festlegen, in die Diskussion einzubringen. Daher soll dazu ergänzend eine Möglichkeit im Internet geschaffen werden. Dies alles zusammengeführt skizziert bis Ende November das Kommunalwahlprogramm, so dass bei der Aufstellung der Liste die Ausrichtung unserer Politik vorliegt.

Vielleicht könnte sich aus den gemeinsamen Gesprächen langfristig so etwas wie ein gesellschaftlicher Dialog entwickeln. Also der stete institutionalisierte Austausch mit der Stadtgesellschaft.

Damit das alles funktioniert, werden wir in einer vorbereitenden Arbeitsgruppe dafür sorgen, dass es eine Moderationsschulung für diejenigen gibt, die das in den Ortsvereinen übernehmen möchten. Informationsmaterial und Handreichungen bis hin zu Einladungsvorschlägen werden wir Euch zur Verfügung stellen. Begleitet wird das dann durch den Kreisvorstand und die Betreuungstadträtinnen und -stadträte.

Potenziale innerhalb der Partei stärken
Es tut der Partei insgesamt gut, wenn wir die Potenziale innerhalb der SPD stärken und auch stärker nutzen. Wo wir welche Stärken haben, wie wir die Kommunikation und unser Angebot verbessern können, will ich mit einer Mitgliederbefragung starten, die in

den nächsten Wochen laufen soll. Zum Teil gibt es bereits Erfahrungen dazu – beispielsweise im OV West, auf die ich hier gerne zurückgreifen und aufbauen möchte.

Das schon erwähnte Personalentwicklungskonzept ist nicht ad acta gelegt, sondern nur aufgeschoben. Ich werde dem Kreisvorstand vorschlagen, dass wir einen Versuch unternehmen und eine perspektivische Personalentwicklung auf die Beine stellen.

Um auch die Mitgliederbetreuung als Ganzes zu optimieren, wird der neue Kreisvorstand einen Mitgliederbeauftragten oder eine Mitgliederbeauftragte einsetzen. Das entspricht dann den Änderungen der Parteiorganisation seitens des Parteivorstandes.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Partei feiert in diesem Jahr Geburtstag. Im Bund wie in der Stadt und in manchen Ortsvereinen. Das Jubiläumsjahr werden wir daher mit einigen Veranstaltungen schmücken, um die sich Peter Müller-Rockstroh federführend kümmert und dem ich außerordentlich dankbar bin, dass er diese Aufgabe übernommen hat.

Zusätzlich zu den anstehenden Terminen bis zum Sommer möchte ich dem Kreisvorstand vorschlagen, dass wir anlässlich des Parteijubiläums zusammen mit der AsF einen Förderpreis ausloben, der an die Tradition starker Frauen in der SPD und gerade auch hier in Stuttgart anknüpft und daran erinnert.

Dass es in Punkto Gleichberechtigung und Chancengleichheit auch heute noch viel aufzuholen gibt, zeigt nicht zuletzt die aktuelle politische Diskussion – und die aktuelle Situation vor allem der Frauen bei Thema Entgelt. Aber auch die derzeit aufgeführte skurrile Theatervorstellung zum Thema Homoehe, bei der die CDU bewusst erst dann aktiv wird, wenn das Bundesverfassungsgericht die Regierung dazu zwingt. Die Richtung ist klar, die Spruchpraxis seit Jahren eindeutig. Und trotzdem bewegt sich die Regierung nicht. Und der kleine

Koalitionspartner FDP? Hätte es gerne anders, macht aber nichts. Stattdessen beschließen sie fröhlich das Betreuungsgeld mit und sagen im gleichen Atemzug, dass sie es nach der Wahl wieder abschaffen wollen.

Was sich heute nicht alles Regierung schimpft, liebe Genossinnen und Genossen!

Wenn wir uns umschaun und sehen, welche Entwicklungen die Gesellschaft nimmt; wie es zu einer immer weiteren Spreizung der Gesellschaft in Arme und Reiche kommt, wie Lohndumping und prekäre Beschäftigung, wie Missbrauch der Leiharbeit und horrenden Verschuldung von Staaten und Banken die Menschen daran zweifeln lassen, dass Politik überhaupt noch etwas ändern kann, dann besteht Anlass zu ernsthafter Sorge.

Um es mit den Worten unseres Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel zu sagen: Auf Dauer lebt die Demokratie von einem Hoffnungsüberschuss, bei dem die Menschen überzeugt sind, dass demokratisches Engagement das Le-



NEUES AUS DEM KREIS

ben zum Besseren entwickeln kann. Dafür müssen wir wieder Politik von unten machen. Politik von oben herab, können andere besser als die SPD. Wir stellen heute wieder die Alltagsthemen der Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik: Vernünftige Bezahlung der Arbeit, faire Renten, ein funktionsfähiges Pflege- und Gesundheitssystem für alle und mehr Investitionen in Bildung. Soweit Sigmar Gabriel.

Wir leben also in einer Zeit, in der sozialdemokratische Antworten gefragt sind. Selbst die CDU und sogar die FDP glauben, mit einem sozialdemokratischen Anstrich ihrer Programmatik den Menschen vorgaukeln zu können, sie hätten die Zeichen der Zeit verstanden.

An uns ist es zu zeigen, dass wir das sozialdemokratische Original sind. Wir kämpfen darum, dass am 22. September nicht Vorstellungen einer marktkonformen Demokratie siegen, sondern dass der Gestaltungsspielraum

der Politik gestärkt wird und wir zu einem demokratiekonformen Markt kommen.

Dafür setzen sich besonders ein Ute Vogt und Nicolas Schäfstoß. Beide haben ihre Wahlkampfteams formiert. Wahlkampfleiter bei Ute ist Uli Storz aus Sillenbuch; Wahlkampfleiter bei Nicolas ist Daniel Campolieti. Neu ist diesmal, dass es bundesweit sog. Campaigner gibt. Für Ute ist das Marcus Lesser aus Birkach/Plieningen und bei Nicolas ist es Tobias Haubensack aus Rot.

Gegenwärtig laufen die Hausbesuche an, die Materialvorbereitungen sind fast abgeschlossen; die Internetseiten online. Wir sind gut in der Zeit. Die Zentrale Wahlkampfleitung wird der neue Vorstand in seiner nächsten Sitzung einsetzen können, so dass wir hier frühzeitig Klarheit und Struktur haben.

Mit den Themen unter der Überschrift „soziale Gerechtigkeit“, die die Men-

schen umtreiben, von bezahlbarem Wohnraum über gute Arbeit, Mindestlohn und Zurückdrängung der Leiharbeit, bis hin zum Renten- und Gesundheitssystem geben wir die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen. Wir haben die Chance, die Bundesregierung abzulösen – diese Laienschau-spieltruppe mit ihrer schwächsten Aufführung seit Jahrzehnten.

Dafür streiten wir im anstehenden Bundestagswahlkampf.

Dafür, dass wir auch weiterhin mit zwei Abgeordneten in Berlin vertreten sind, kämpfen wir.

Dafür, dass wir als Partei stark und vernehmbar sind, trete ich ein.

Dafür brauche ich Eure Unterstützung!

Danke und Glück auf!

- Es gilt das gesprochene Wort -

BERICHT VON ROSWITHA BLIND AUS DEM GEMEINDERAT

Liebe Genossinnen und Genossen,

Aus Zeitgründen möchte ich möchte mich in meinem Bericht auf 4 Bereiche beschränken: Bürger-HH, Stadtwerke, Wohnen und Verkehr.

Zur Zeit läuft wieder der Bürger-Haushalt. Ab heute können die Vorschläge bewertet werden. Macht mit und denkt immer daran: Es war die SPD, die den Bürger-Haushalt aufs Gleis gesetzt hat, weil wir mehr Bürgerbeteiligung wollten. Mancher, der sich heute den Bürger-Haushalt auf die Fahnen schreibt, musste damals, im Herbst 2010, noch mühsam überzeugt werden. Die Grünen z.B. waren anfangs alles andere als begeistert und haben nur deshalb zugestimmt, weil sich eine Ablehnung schlecht gemacht hätte.

Ich komme zum 2. Punkt: Stadtwerke
Es war im Herbst 2008, als wir den Rückkauf von Wasser und Energie auf

die politische Tagesordnung gesetzt haben. Auch hier mussten wir zunächst einiges an Überzeugungsarbeit leisten. Seit Februar kann man bei unseren Stadtwerken Strom kaufen, zu 100% regenerativ. Und auch Gas kann man dort beziehen. Überlegt Euch den Wechsel. Unten im Tagblattturm ist das Kundencenter. Bis zum Sommer wird entschieden sein, wer die Konzessionen für die Stromnetze, die Gasnetze und die Fernwärmenetze bekommt. Was die Wasserversorgung betrifft, so haben wir ja einen städtischen Eigenbetrieb Stadtentwässerung, und die Wasserversorgung wird in diesen städtischen Eigenbetrieb integriert. Die Wasserversorgung ist dann zu 100% in städtischer Hand. Zur Zeit streitet die Stadt mit der EnBW um den Preis des Wassernetzes. Ende Februar hat der Gemeinderat beschlossen, dass die Stadt gegen die EnBW klagen wird.

Ganz besonders wichtig ist für uns das Thema Wohnen, mein 3. Punkt. Dazu

gibt es ja auch einen gemeinsamen Arbeitskreis von Fraktion und Partei. Und draußen liegt unser großer Wohnungsbauantrag vom Dezember.

Wir alle wissen, dass Wohnraum in Stuttgart knapp und teuer ist. Erzieherinnen, Krankenschwestern, Polizisten, sie alle können sich keine Wohnungen im Hochpreissegment leisten, sie brauchen bezahlbare Wohnungen.

Bezahlbare Wohnungen aber sind in Stuttgart Mangelware. Deshalb haben wir bereits vor 2 Jahren im Gemeinderat beschlossen, dass bei größeren Bauprojekten immer auch preiswerte Wohnungen gebaut werden müssen, preiswerte Miet- oder Eigentumswohnungen für junge Familien und auch Sozialwohnungen. 20% der neuen Wohnungen müssen preiswerte Wohnungen sein. Das haben wir mit der linken Mehrheit beschlossen, gegen heftigen Widerstand von CDU, FDP und Freien Wählern. Der Widerstand

NEUES AUS DEM KREIS

hält auch heute noch an. Es war eine Initiative von uns.

Auf ihren eigenen Grundstücken aber muss die Stadt mehr tun. Wir wollen, dass auf städtischen Grundstücken nicht nur 20%, sondern 50% preiswerte Wohnungen gebaut werden. Auch auf dem Killesberg. Ich bin zuversichtlich, dass es dafür im Gemeinderat eine Mehrheit geben wird.

Wir wollen nicht länger zusehen, wie jedes Jahr 400 Sozialwohnungen aus der Bindung fallen, wie sie dann auf dem freien Markt vermietet werden. Die Stadt muss um diese Sozialwohnungen kämpfen, sie muss Geld in die Hand nehmen und nachsubventionieren. Das haben wir im letzten Jahr beantragt und es sieht so aus, als ob sich die Verwaltung dafür öffnet.

Die SWSG muss für ihren sozialen Auftrag mehr in die Pflicht genommen werden. Erste Früchte des öffentlichen Drucks und etlicher Gespräche mit der SWSG gibt es. Die SWSG wird mehr Wohnungen für 1-Personen-Haushalte und für große Familien bauen. Für diese Menschen in der Notfallkartei sind ja die Wartezeiten besonders lang. Und bei Sanierungen von Wohnungen werden die Mieten für die bisherigen Bewohner deutlich weniger steigen als ursprünglich von der SWSG geplant.



Auch die Erhaltungssatzung für das Nordbahnhofviertel, die vor kurzem beschlossen wurde, geht auf uns zurück. Auch dieses Instrument wird beim Erhalt von bezahlbarem Wohnraum helfen. Und schließlich muss Druck aus dem Wohnungsmarkt genommen werden. Wir wollen, dass die Stadt eine Wohnungsbauinitiative startet. Es müssen mehr Wohnungen als in den vergangenen Jahren gebaut werden.

Und nun mein letzter Punkt, Verkehr. Auch hier gibt es einen gemeinsamen Arbeitskreis von Fraktion und Partei.

Wir setzen uns sehr für den Fußgänger- und Radverkehr ein, und für den öffentlichen Verkehr. Oft geht es um einzelne kleine Maßnahmen, die in der Summe aber viel ändern. Ein paar Beispiele:

Ab dem 1. Mai wird die Hofener Straße an allen Wochenenden im Sommer für Autos gesperrt. Die Hofener Straße ist eine kleine Straße zum Max-Eyth-See, zwischen Neckar und Weinbergen. An schönen Sommer-Wochenenden fahren dort mehr Radfahrer als Autos. Wenn die Hofener Straße nun an Wochenenden für Autos gesperrt wird, dann kann man dort mit dem Rad auf der Straße fahren, unbehelligt von Autos, und man kann gemütlich auf dem Gehweg spazieren gehen, unbehelligt von Fahrrädern. Es war ein alter Traum der SPD, jetzt wird er wahr.

Der Hospitalplatz, also der Platz hier in der Nähe vor der Hospitalkirche, wird Fußgängerzone. Das Amt für öffentliche Ordnung – und Ihr kennt ja unser Amt für öffentliche Ordnung – bestand 2 Jahre lang darauf, dass dort eine Fahrrinne für Autos gebaut wird, vielleicht mit Tempo 20. Ich persönlich habe schließlich die Fußgängerzone erreicht. Es wird dem ganzen Hospitalviertel hier gut tun.

Und morgen werden wir beschließen, dass der Marktplatz in Cannstatt autofrei wird. Seit 40 Jahren wird das diskutiert, jetzt gibt es eine Mehrheit, um es durchzusetzen. Vor Schulen wird Tempo 30 eingeführt werden. Unser

Erfolg. Und auch vor Kitas wird Tempo 30 geprüft.

Liebe Genossinnen und Genossen: Das meiste von dem, was in den letzten Jahren an Verkehrsberuhigung umgesetzt wurde, geschah auf Initiative der SPD. Mit Anträgen, flankiert durch Gespräche im Hintergrund.

Vermutlich werdet Ihr noch diese Woche in der Zeitung lesen, dass die SSB beim nächsten Fahrplanwechsel Taktverbesserungen einführen wird, bei den Stadtbahnen. Darum haben wir und nur wir gekämpft. Den letzten Tarifierhöhungen haben wir nur unter der Bedingung von Taktverbesserungen zugestimmt. Und auch hier haben wir immer wieder mit Verantwortlichen bei der SSB darüber geredet. Sonst wäre es nicht gekommen.

Denn das Wichtige und Neue ist, dass die SSB nun zum ersten Mal nicht nachfrageorientiert, sondern angebotsorientiert handelt. D.h. die SSB verbessert nicht deshalb den Takt, weil die Bahnen so gerammelt voll sind, dass es gar nicht mehr anders geht. Sondern sie verbessert den Takt, um mit dem besseren Angebot Kunden zu werben. Ein echter Wechsel in der Unternehmensphilosophie.

Liebe GenossInnen und Genossen, Ihr seht: die Arbeit der SPD-Fraktion ist gut für Stuttgart, in den von mir genannten Bereichen und natürlich genauso in vielen anderen.

- Es gilt das gesprochene Wort -

NEUES AUS DEM KREIS

BERICHT VON THOMAS LEIPNITZ AUS DER REGIONALVERSAMMLUNG

Im letzten Jahr wurden mit der S 4 Marbach-Backnang und der S 60 Reningen-Böblingen die letzten beiden aktuellen Ausbauprojekte und Ring-schlüsse der S-Bahn in Betrieb genommen. Beim Taktangebot der S-Bahn bleibt unser Ziel die Ausdehnung des 15-Minuten-Takts am Abend bis 20.30 Uhr, derzeit ist das Ende gegen 19 Uhr. Eine Verlängerung macht allerdings aus unserer Sicht verkehrlich nur Sinn, wenn dies auch für Stadtbahnen und Busse im gesamten VVS gilt. Nur dann kommen die Ein- und VerkäuferInnen auch noch gut und komfortabel mit dem ÖPNV nach Hause.

Ende 2012 wurde das regionale Nachtbusangebot durch eine Nacht-S-Bahn abgelöst. Damit wurden die Kapazitäten am Wochenende deutlich ausgeweitet, allerdings ist die Anpassung des jeweiligen Nachtbus-Angebots in den Landkreisen sehr unterschiedlich umgesetzt worden. Von Vorbildlich in Ludwigsburg und Böblingen bis unbefriedigend nicht Zusatzkosten für die Fahrgäste in Esslingen bzw. im Rems-Murr-Kreis. Dies zeigt leider einmal mehr, wie weit wir noch von einem ÖPNV aus einem Guss in der Region entfernt sind.

Derzeit beginnt die Fortschreibung des Regionalverkehrsplans, von dem wir neben einer detaillierten Verkehrsstromerhebung auch wichtige Impulse für einen weiteren Ausbau des ÖPNV in der Region erwarten. Wir fordern dabei den Ausbau der S-Bahn in den Kreis Göppingen, die Verlängerung der S 2 auf den Fildern bis Neuhausen – deren Co-Finanzierung durch die Landesregierung letzten November zugesagt wurde, die Prüfung einer Verlängerung der S 5 bis Vaihingen/Enz und ein SPNV-Angebot aus dem Raum Böblingen-Sindelfingen über den neuen Filderbahnhof am Flughafen ins Neckartal (Wendlingen/Nürtingen).

Aktuell haben wir beantragt, das Angebot auf der Schusterbahn von Untertürkheim nach Kornwestheim durch je einen weiteren Zug am Morgen und Abend zu verbessern. Allerdings wurde dieser Antrag von CDU, Freien Wählern und FDP abgelehnt. Außerdem

unterstützen wir die Schaffung eines regionalen Grundangebots im ÖPNV durch den Verband Region Stuttgart, das einen einheitlichen Mindest-ÖPNV-Standard in der gesamten Region sicherstellen und finanzieren soll.

Unsere Ziele bei der VVS-Tarifgestaltung sind nach wie vor die Vereinfachung der Tarifzoneneinteilung im VVS, um mehr Gerechtigkeit beim Verhältnis von Angebot und Preis zu haben. Wir fordern eine Umgestaltung des jetzigen Firmentickets zu einem bezahlbaren Job-Ticket für alle, ein einheitliches Sozialticket mit Gültigkeit im ganzen VVS und die Einführung eines speziellen Tickets für die wachsende Zahl an Teilzeitkräfte. Denn für eine Teilzeitkraft mit zwei oder drei Arbeitstagen ist nämlich nach unserer Ansicht ein teures Monats- oder Jahresticket oftmals schlicht zu teuer.

Weitere wichtige Themen sind der Lärmschutz entlang der S-Bahnstrecken und Entschädigungszahlungen der Bahn für Zugausfälle und Verspätungen im vergangenen Jahr.

Die grün-rote Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung eine Stärkung der Regionen vorgesehen: „Den Regionalverbänden, der Region Stuttgart sowie der Metropolregion Rhein-Neckar soll es künftig möglich sein, weitere Zuständigkeiten für öffentliche Aufgaben, beispielsweise im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, zu übernehmen.“ Dieses Ziel unterstützen wir durch eigene Aktivitäten und Gespräche.

Auch im Wirtschaftsausschuss haben wir uns 2012 u.a. mit Fragen der nachhaltigen Mobilität auseinandergesetzt. Für innovative Projektvorschläge wurden Co-Finanzierungsmittel in Höhe von 1 Mio. € ausgelobt. Die Wirtschaftsförderung der Region (WRS) hat den Vorschlag unserer Fraktion aufgegriffen, sich in der Gründer- und Erfinderförderung neu auszurichten und sich aktiv an der Ausgestaltung der entsprechenden europäischen Förderprogramme einzubringen.

Ein Anliegen von uns ist – angesichts des Fachkräftemangels in Pflegeberufen – Menschen für die sog. „kultur-

sensible Pflege“ zu qualifizieren. Der Verband hat die Wirtschaftsförderung beauftragt, ein solches Projekt zusammen mit weiteren Partnern anzugehen.

Die KulturRegion hat in den beiden letzten Jahren „Federn lassen“ müssen: Einige Städte und Gemeinden – auch die Landeshauptstadt – sind aus dem KulturNetzwerk der Region ausgetreten. Doch ein Neuanfang für die KulturRegion wurde gefunden, ebenso eine neue Geschäftsführerin.

Im Planungsausschuss stand die Umsetzung der Beschlüsse der Landesregierung zur Windenergie auf der Tagesordnung. Außerdem mussten wir uns mit der Biogasanlage in Nürtingen beschäftigen. Im Zuge eines langwierigen Entscheidungs- und Abwägungsprozesses zwischen Landschaftsschutz und Unterstützung der Energiewende hat sich der Verband entgegen dem Willen der Mehrheit unserer Fraktion für den Klageweg entschieden und dieses Verfahren allerdings in der Sache verloren, allerdings mit der ausdrücklichen Bestätigung des Rechts der Region auf solche Klagen.

Die SPD in der Region Stuttgart, die sich im letzten Jahr als Schwerpunkt mit der Energiewende und deren Umsetzung in unserer Region beschäftigt hat, wird sich in diesem Jahr der Fortschreibung des Regionalverkehrsplans zuwenden. Bis zum Regionalpartei-tag im Oktober in Stuttgart planen wir Veranstaltungen für Ortsvereine und Fraktionen, um mit Euch ausführlich über die Ziele der SPD für diesen Plan zu diskutieren.

Unsere Anträge, Pressemitteilungen und Positionspapiere u.v.a.m. findet ihr im Internet unter www.spd-region-stuttgart.de Schaut doch mal rein!

Wenn Ihr mehr über unsere Arbeit und die aktuellen Themen in der Region erfahren wollt - spricht uns einfach an: Matthias Hahn, Andrea Klöber und ich kommen auch sehr gerne zu Euch!

- Es gilt das gesprochene Wort -

VERSCHIEDENES

HALBER ZYPRIOTE – GANZER EUROPÄER

von Hans-Georg-Kerler

Das „Roten Sofa“ in der Zehntscheuer Zuffenhausen ist bekannt als Ort politischer Diskussionen. Die frühere Landtagsabgeordnete Ruth Weckmann befragte den SPD-Bundestagkandidaten des Wahlkreises Stuttgart II zu seiner Person und zu seiner politischen Haltung und seinen Zielen.

Der Privatmensch Schäfstoß hat Migrationshintergrund, liebt Bücher, kocht, singt und joggt gerne. Das hindert ihn nicht ein politischer Mensch zu sein. Seit 2002 ist er bei der SPD aktiv und engagiert sich als Personalrat für seine Kollegen. Dort hat er gelernt, wie nötig Solidarität ist.

Die Befragung begann mit der Bildungspolitik, die er als zentral für die Gesellschaft einschätzt, weil sie Lebenschancen verteilt, teilweise ungerecht. Schon die Kita müsse dafür sorgen, dass sie benachteiligte Kinder besonders fördere. Die Schulen müssten das in viel größerem Maße tun und ihre Durchlässigkeit verbessern. Sein Leitbild sei der ganzheitliche Mensch, der nicht nur unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Verwertung Bildung vermittelt bekomme. Die Ganztageschule könne diese Ziele am ehesten verwirklichen, besonders wenn es gelinge Sportvereine, Musikschule und Theatergruppen mit einzubeziehen. Heftig kritisierte Nicolas Schäfstoß die Auswüchse des Bildungsföderalismus: der schwierige Schulwechsel zwischen den Bundesländern und die ungleichen Abschlüsse.

Dann traten wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund. Scharf kritisierte er die weiter zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft, wie es der vierte Armuts- und Reichtumsbericht kürzlich bewiesen habe, obwohl kritische Bewertungen der Wissenschaftler von der Bundesregierung wegzensiert wurden.

Die Ursachen für diese schädliche Entwicklung führte Schäfstoß auf die Ausdehnung des Niedriglohnsektors und der Leiharbeit zurück. Die Hinnahme der Globalisierung und des Marktradikalismus habe auch die Gewerkschaften unter Druck gesetzt. In manchen Branchen und Gebieten gebe es gar

keine, völlig unzureichende oder nicht eingehaltene Tarifverträge. Die Agenda-Politik unter der rot-grünen Bundesregierung vor zehn Jahren hatte durchaus Leistungen aufzuweisen. So haben frühere Sozialhilfeempfänger die Chance erhalten, sich berufliche Qualifikationen zu erwerben.

Aber es müsse nachgebessert werden: mit einem Mindestlohn von wenigstens 8.50 €. Ebenso mit einer Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen, die nicht zur billigen Ersetzung regulärer, ordentlich bezahlter Arbeit führen dürfen. Das sei millionenfach geschehen. Weil diese Löhne meist nicht ausreichen, um das Existenzminimum zu decken, sei eine Aufstockung aus Steuermitteln nötig. Es könne aber nicht sein, dass Unternehmen einen Extragewinn auf Kosten der Allgemeinheit einstreichen könnten. Das ist außerdem eine marktwirtschaftswidrige Wettbewerbsverzerrung. Seriöse Leiharbeitsfirmen fordern Mindestlöhne zum Schutz vor schmutziger Konkurrenz. Gute Arbeit müsse ermöglichen, den Lebensunterhalt zu verdienen, eine Familie zu ernähren und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu lassen. Gute Arbeit ermögliche auch Selbstverwirklichung und Selbstachtung. Es sei eine Respektlosigkeit vor der Erwerbsarbeit eingerissen. Langfristige Folge sei Altersarmut. Um das zu verhindern, ist ein sofortiges staatliches Handeln vonnöten.

Ein Gast der Veranstaltung schlug vor, den Mindestlohn nach den Hartz IV-Sätzen und den Zuschüssen für Miete und Energiekosten zu berechnen. Es könnte gut sein, dass man dann bei einem Vollzeitjob auf 9 bis 10 Euro Stundenlohn käme.

Nicolas Schäfstoß wandte sich auch dem Thema Europa zu. Sicher seien in den südlichen Ländern der EU Fehler in der Haushaltspolitik und beim Steuersystem gemacht worden. Durch eine rigide Sparpolitik verschärfe man aber den wirtschaftlichen Niedergang, ziehe sie doch eine höhere Arbeitslosigkeit, sinkende Kaufkraft und Enttäuschung nach sich, was zu einer Abwendung von der Demokratie

führen könne. Manchen Berliner und Brüsseler Politikern fehle die Sensibilität diese Gefahr zu sehen. Den Menschen müsse eine Perspektive geboten werden. Hilfen bei Verwaltungs- und Bildungsreformen und Investitionen in Infrastruktur und Arbeitsplätzen seien angesagt. Das seien die Aufgaben einer solidarisch handelnden EU.

Für Nicolas Schäfstoß ist der Bundestag zu sehr dominiert von älteren Abgeordneten. Deshalb sei es umso nötiger, dass die jüngere Generation vertreten sei, weil sie näher an aktuellen Entwicklungen sei und neue Ideen einbringen könne. Schwerpunkte seiner politischen Themen seien Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Bekämpfung der Armut, Europa und Friedenspolitik. Er will sich für familienfreundliche Bedingungen und dem Ausbau der Sozialversicherungen einsetzen. Die Menschen sollen frei von Existenzangst leben und ihre Zukunftschancen wahren können



NEUES AUS DEN ORTSVEREINEN

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SPD WEST

von Marcus Brucker

Außerplanmäßig gab es bei der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins West einige Veränderungen im Vorstand. Die Vorstandswahlen der Jusos-Stuttgart im letzten Jahr waren für die Jusos aus dem Westen so erfolgreich, dass es im Ortsverein eine kleine Umstrukturierung geben musste. Die bisherige Schriftführerin Katharina Rudel bildet zusammen mit

dem West-Genossen Christoph Gmoser die neue Doppelspitze der Jusos-Stuttgart. Dominik Schmeiser als Kassier sowie Josefine Geib und Raimund Kaiser als Beisitzer komplettieren die fünfköpfige „Westdelegation“ im Juso-Kreisvorstand. Zum neuen Schriftführer wurde Philipp Riegger (31, Umweltingenieur) gewählt. Als Beisitzer ebenfalls neu gewählten wurde Mi-

chael Rajkowski (31, Rechtsanwalt). Katharina Rudel bleibt dem Vorstand als Beisitzerin erhalten.

Inhaltlich wird sich der Ortsverein 2013 mit den Themen Bürgerhaushalt, Wohnen und Stadtentwicklung befassen. Außerdem soll natürlich das Parteijubiläum gebührend gefeiert und im Herbst eine Bundestagswahl gewonnen werden.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SPD PLIENINGEN

von Marcus Lesser

Der SPD Ortsverein Birkach/Plieningen hat auf seiner Jahreshauptversammlung am Dienstag, den 26.02.2013, turnusgemäß Vorstandswahlen durchgeführt. Hierbei wurde der 26-jährige Doktorand Marcus Lesser einstimmig im Amt bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Sylvia Carstensen aus Plieningen und Hülya Tekin aus Schönberg gewählt.

Für das Jahr 2013 haben die Sozialdemokraten ein umfangreiches Arbeitsprogramm. Neben der erfolgreichen Arbeit im Bezirksbeirat steht neben dem 150-jährigen Jubiläum der SPD auch die Vorbereitung der Bundestagswahl auf der Agenda des Ortsvereins.

Thematisch setzt der SPD Ortsverein zwei Schwerpunkte. Zum einen möchten die Sozialdemokraten auch

weiterhin intensiv die Schulentwicklung vor Ort begleiten. Hierbei soll die ganzheitliche Betrachtung der verschiedenen Bildungsangebote rund um Hohenheim im Blickpunkt stehen. Daneben wollen sich die Sozialdemokraten mit bezahlbarem Wohnraum im Stadtbezirk beschäftigen. „Durch den Zuwachs der Studierendenzahlen der Universität Hohenheim auf fast 10.000 ist ein besonderer Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gegeben, was auch intensiv im Stadtbezirk diskutiert werden muss“ so Marcus Lesser. Hierbei gilt es auch moderne Konzepte zur Einbindung verschiedener Generationen im Rahmen von Mehrgenerationenhäusern einzubeziehen. Dabei stellt der Ortsverein besonders heraus, dass die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Grundlage für die Arbeit der Sozialdemokraten

vor Ort sind.

Neben der Vorstandswahl hat der Ortsverein auch einen wichtigen Akzent zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gesetzt. „Wir reden nicht nur von Gleichberechtigung, wir setzen sie um und das fängt bei uns in Birkach und Plieningen an“, so Marcus Lesser. Mit einer Satzungsänderung verpflichtet sich der Ortsverein verbindlich zu einer 40%-Quote. Neben dem Vorstand sollen hier auch zukünftig bei der Besetzung der SPD-Bezirksbeiräte eine Geschlechterparität angestrebt werden.

Der Ortsverein trifft sich am 13.03.2013 um 19:30 Uhr und am 10.04.2013 um 19:30 Uhr zu den nächsten Sitzungen jeweils im Alten Rathaus Plieningen (Goezstr. 1) und begrüßt gerne interessierte Bürgerinnen und Bürger.



NEUES AUS DEN ORTSVEREINEN

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SPD OST

von Daniel Campolieti

An der Jahreshauptversammlung wurde der Vorstand der SPD Ost einstimmig entlastet. Da der Vorstand in 2012 auf zwei Jahre gewählt wurde, fanden dieses Jahr keine Wahlen statt. Im Rechenschaftsbericht stellte der Vorsitzende Daniel Campolieti die Tätigkeiten aus dem Arbeitsjahr 2012 vor. Trotz hoher Wahlkampfaktivitäten beginnend bei Verteil- oder Stand-Aktionen, diversen Hausbesuchen oder flächendeckenden Plakatierung konnte die SPD nur ein schwaches Ergebnis erzielen. „Das wird mit Nicolas Schäfstoß 2013 besser, wir haben viel mehr Zeit und Nicolas ist ein Kind des Ostens“ so Daniel Campolieti. „Ziel ist das Direktmandat mit seinen starken Inhalten zu Wohnen, Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit zu gewinnen“. In der Rechenschaftsdebatte berichtete Campolieti ferner von den öffentlichen Veranstaltung der SPD: Neben dem politischen Aschermittwoch (80 Gäste), dem 1. Mai (über 150 Gäste), war das Sommerfest auf dem Berger Festplatz mit zeitweise über 500 Gästen im Zelt die erfolgreichste Veranstaltung. Mit dabei waren OB-Kandidatin Bettina Wilhelm, die Bundestagsabgeordneten Ute Vogt, Ute Kumpf, die Fraktionsvorsitzende Roswitha Blind, der Kreisvorsitzende

Dejan Perc und Ministerin Bilkay Öney und standen persönlichen Gesprächen mit den Gästen zur Verfügung. 2013 findet das Sommerfest am 14. Juli 2013 statt. Mit dabei ist u.a. wieder der Musikverein Gaisburg.

Einen großen Dank ging an die Jusos Stuttgart-Ost, die wieder auf der Langen Ostnacht mit ihrem Stand am Schmalzmarkt die sozialdemokratische Fahne hochhielten. Ebenfalls bedankte sich Campolieti für die hervorragende Zusammenarbeit mit der Bezirksbeiratsfraktion um Sprecher Jörg Trüdinger und auch für die Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorsteher Martin Körner. Gerade die Fraktion vertrete im Bezirksbeirat wie eine eins ihre Positionen und entwickle mit ihren Themen (Villa Berg, Tempo 30 vor Schulen oder die Weiterentwicklung des Raitelsberg) federführend den Stadtbezirk weiter.

Campolieti berichtete ferner von einem weiteren tollen parteiinternen Erfolg. Da Ortsvereine auf den Landes- und Bundesparteitagen der SPD antragsberechtigt sind, wurde von unserem Schwuso-Mitglied Steffen Schaffner beantragt, dass die SPD neben den Jusos oder Arbeitnehmerver-

treter endlich offiziell die Arbeitsgemeinschaft für Schwule und Lesben in der SPD einrichtet. Dieser Antrag fand auf beiden Parteitagen eine Mehrheit, so dass nun die Arbeitsgemeinschaft der Schwusos ihre Arbeit aufnehmen kann. Wie wichtig diese Lobby-Arbeit in Deutschland ist, zeigt die unsägliche Diskussionen innerhalb der CDU zur Homo-Ehe. Sie befindet sich gesellschaftlich noch im alten Jahrhundert. Hier muss die SPD die Union viel aktiver vor sich hertreiben.

Nach der Entlastung des Vorstands wählten die Mitglieder die Delegierten des Ortsvereins für die Kreiskonferenz. Gewählt wurden Rebekka Henschel, Nicolas Schäfstoß, Dr. Marc Dressler, Daniel Campolieti, Gabriele Heller-Pawlicki, Martin Körner, Jürgen Hesse und Wilfried Mader. Zuletzt bedankte sich Daniel Campolieti bei den Mitgliedern, die ehrenamtlich die Stadtteilzeitung des Ortsvereins zwei Mal im Jahr austeilen. Die SPD Ost steht mit über 40 Aktiven Mitgliedern bereit für den Bundestagswahlkampf. „Ziel ist es, unseren Gaisburger Nicolas Schäfstoß im September nach Berlin zu schicken.“ So Campolieti. Weitere Informationen: www.spd-stuttgart-ost.de oder www.schafstoss.de

ALFRED MOTZER 60 JAHRE PARTEIMITGLIED

von Judith Vowinkel

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins Stammheim gab es einen besonderen Anlass. Alfred Motzer -Altstadtrat und Ehrenvorsitzender -wurde für 60jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Die Überraschungsgäste zur Durchführung der Ehrung waren die Altbürgermeister Gerhard Lang und Hansmartin Bruckmann, beide Weggefährten von Alfred Motzer während seiner Stadtratstätigkeit. Während Gerhard Lang auf die Stuttgarter Verhältnisse zur damaligen Zeit verwies, erinnerte sich Altbürgermeister Bruckmann an die gemeinsame Einweihung der Gedenktafel für Robert Aubry bei strömendem Regen. Die Ortsvereinsvorsitzende Judith Vo-

winkel dankte Alfred Motzer für seine Verdienste für die Partei und für Stammheim.

Zuvor stellte sich Nikolas Schäfstoß – als neuer Kandidat für die Bundestagswahl im Ortsverein vor. Auf inhaltliche und persönliche Fragen der Mitglieder ging er gezielt ein. Einer seiner Schwerpunkte wird die Europapolitik in der Bundesregierung sein, da er sich mit einem zyprischen Migrationshindergrund in Europa verwurzelt fühlt. Auch wird er versuchen sich durch Hausbesuche im Norden bekannt zu machen und fängt jetzt schon damit an. Nach den Berichten aus dem Vorstand, der Fraktion und dem Gemeinderat wurden die Delegierte für die Kreiskonferenz gewählt.



NEUES AUS DEN GEMEINDERAT

HOSPITALPLATZ WIRD FUSSGÄNGERZONE

von Dr. Roswitha Blind

Demnächst wird der Hospitalplatz in der Stadtmitte umgestaltet. Bisher ging man immer davon aus, dass durch diesen Platz vor der Hospitalkirche auch in Zukunft Autos fahren werden. Über 2 Jahre lang wurde gestritten, ob der Hospitalplatz nicht als verkehrsberuhigter Bereich gestaltet werden könnte, d.h. es werden keine Gehwege gebaut, sondern Fußgänger und Autos sind auf dem ganzen Platz gleichbe-

rechtigt. Autos dürfen nur im Fußgängertempo fahren. Während solche Lösungen in anderen Städten längst üblich sind, bestand das Stuttgarter Ordnungsamt auf ordentlich abgetrennten Gehwegen, und die Chancen auf einen urbanen Platz entschwanden. Doch dann kam der Durchbruch: Am Rand einer Sitzung mit Ordnungsamt und Verkehrsplanung brachte unsere Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha

Blind die Idee einer Fußgängerzone ganz ohne Autos ins Spiel. Die Vertreter der beiden Ämter nahmen den Ball auf, überarbeiteten die Planungen, und der Gemeinderat stimmte zu. So kann sich nun städtisches Leben auf dem ganzen Platz entfalten, so wird nun der Hospitalplatz ein würdiger Vorplatz für die Hospitalkirche. Wir freuen uns auf die neue Fußgängerzone Hospitalplatz!

BÜRGERSCHAFTLICHE NUTZUNG HAT VORRANG

von Hans Pfeifer

Langsam ist absehbar, wann der modernisierte und sanierte Große Kursaal mit seinen Nebenräumen wieder für Veranstaltungen zur Verfügung stehen wird. Die Cannstatter mussten viel zu lange auf dieses Raumangebot verzichten. Vereine und Organisationen mit unterschiedlichen Angeboten haben dann wieder eine Heimat. Dass bei der Nutzung auf die besondere Atmosphäre und Gestaltung des Hauses

geachtet werden muss, dies ist selbstverständlich. Aber auch für überörtlich interessante Veranstaltungen sind die Räume geeignet und werden für Bad Cannstatt werben – so wie früher. Schon lange hat sich die SPD-Fraktion dafür eingesetzt, dass im Kurhaus als Bürgerhaus die bürgerschaftliche Nutzung Vorrang haben muss. Und dies ist uns auch etwas wert! Denn wir wollen, dass in möglichst allen Stadt-

bezirken entsprechende Räume für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Wenn die örtliche Bedeutung betont wird, dann ist es auch logisch, dass die Bezirksverwaltung die Verantwortung dafür wahrnimmt. Der neu zu bildende Nutzerbeirat wird gut beraten sein, wenn er bei den langfristig absehbaren Buchungslücken die Erfahrung der städtischen Veranstaltungsgesellschaft in Stuttgart nutzt.

UNSERE BEMÜHUNGEN TRAGEN FRÜCHTE

von Dr. Roswitha Blind

Die Fahrgäste der SSB dürfen sich auf den Herbst freuen. Ab dem nächsten Fahrplanwechsel im Herbst fahren die Stadtbahnen häufiger. Daran haben wir hartnäckig gearbeitet. Alle Stadtbahnen (außer der U5 und U8) fahren dann abends durchgehend im 15-Minutentakt, der Wechsel in den 20-Minutentakt spät abends entfällt. „Besonders schätzen werden das alle diejenigen, die spät abends noch auf

einen Bus umsteigen müssen, der um diese Zeit in der Regel im 30-Minutentakt fährt. Der Anschluss passt dann besser Gerade nachts ist das wichtig“, erklärt unsere Fraktionsvorsitzende Roswitha Blind die Vorteile. Auch Sonntagmorgens werden die Stadtbahnen im 15-Minutentakt fahren, statt wie bisher nur alle 20 Minuten. An Samstagabenden, wenn viele voll bepackt mit Einkäufen nach Hau-

se wollen und die Bahnen schon ab 18:00 nur noch ausgedünnt fahren, ist es in den Bahnen eng. In Zukunft wird es komfortabler: Wie an den anderen Werktagen auch werden die Bahnen samstags bis 19:30 Uhr im 10-Minutentakt fahren. Bessere Takte, einheitlichere Fahrpläne, bessere Anschlüsse – die Früchte der SPD-Bemühungen können sich sehen lassen.





150 JAHRE SPD

GEBURTSTAGSWEIN

Zum Parteijubiläum bietet die SPD Stuttgart Euch einen dem Anlass entsprechend, hochwertigen Geburtstagswein an. Das seit Jahren beliebte und auch bei unseren Weinproben begehrte Rotweincuvée „Salucci“ mit SPD-150-Etikett eignet sich als Präsent für Jubilarehrungen und runde Geburtstage in diesem Jahr aber auch für alle private Anlässe. Das weisse Feld kann für den Namen des Beschenkten oder als Signierfeld von Wahlkreis-kandidaten genutzt werden.

Preis: 10 €. Wir hoffen auf eine rege Nachfrage da für jede abgenommene Flasche mind. 2 € in die Wahlkampf-kasse fließen.

Wir können dieses Angebot auch Parteigliederungen außerhalb Stuttgarts anbieten, Anfragen zu Preisen und Versandkosten an die u.a. E-Mail Adresse werden gern beantwortet. Leider müssen wir aus Versandgründen dabei auf eine 6er Stückelung bestehen.

Da das Collegium die entsprechende Anzahl Flaschen für uns bereitstellen muss bitten wir Euch um baldige Bestellungen. Nach der E-Mail-Bestätigung der Bestellung kann der Wein im Regionalbüro SPD Stuttgart Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart, Telefon: 0711 / 61936- 32 abgeholt werden. Bestellungen ab 6 Fl. können auch zugestellt werden. Bestellung über Klaus Hecht, Telefon 0711 330098, 0170 5749707, klaus.hecht@online.de



TERMINE

ORTSVEREINS- VORSITZENDEN- KONFERENZ

22. APRIL 2013, 18 UHR

KREISDELEGierten- KONFERENZEN MITGLIEDERÖFFENTLICH

15. JULI 2013, 18 UHR

AKTUELLE INFOS IM INTERNET:

 spd-stuttgart.de

 twitter.com/spdo711

 facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart, Manuel Vowinkel,
Fritz-Erler-Foum

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den
eingesandten Beiträgen der
Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de